

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. zusätzlich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postämter, Fernschreiber und Geschäftsstellen nehmen an jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse erfolgt nur, wenn Verträge bestehen, eine Fortsetzung der Erscheinung.



Wilsdruff-Dresden
Kriegspreis: Die 3-spaltige Reklamestelle im ersten Teil 1 RM. Nachmittagsgebühr 20 Reichspennige. Sonstige Reklamestellen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen werden nur bei Vorzahlung angenommen. Jede Abbestellung erfolgt schriftlich, wenn der Betrag durch die Redaktion eingegangen ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 97 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Dienstag, den 26. April 1932

Was nun?

Wohl der längste Stimmzettel mit einer schier endlosen Reihe von Parteien ist am 24. April den Wählern in die Hand gegeben worden, und das Ergebnis war — das Gegenteil dieser Massenhaftigkeit! Ähnliches gilt auch für die Wahlen in den übrigen Ländern, die am Sonntag die Wähler zur Urne gerufen hatten. Namentlich aber im künftigen Preußenparlament ist das Parteienbild um vieles einfacher geworden, — und das ist die erste Tatsache, von der bei der Beantwortung der Frage auszugehen ist, wie denn nun die Dinge in Preußen eigentlich weitergehen sollen. Es handelt sich im dortigen Landtag nur noch um die fünf großen oder mittelgroßen Parteien, von denen zwei ausgesprochen rechts, zwei ebenso ausgesprochen links stehen, wobei aber die Rechte zahlenmäßig der Linken weit überlegen ist, außerdem sich die beiden Parteien dieser Linken sich in erbittertem Kampf gegenüberstehen. In der Mitte hat das Zentrum seine Stellung zwar verhältnismäßig verflärt, aus dem oben erwähnten Grunde aber nicht parlamentarisch-machtpolitisch. Denn es ist naturgemäß völlig ausgeschlossen, mit dieser Linken eine Mehrheit bilden zu können oder auch nur bilden zu wollen. Das ist die zweite Tatsache. Und die dritte ist die, daß das Zentrum mit der Linken zusammen zahlenmäßig in der Lage ist, ein neues, scharf rechts eingestelltes Ministerium ohne weiteres zu führen. Ein Vergleich mit den bekannten, für die jetzige Reichsregierung höchst unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstag bzw. im Reich zeigt, daß es eine ganze Reihe verfassungs- und staatsrechtlicher Gründe aber nicht ziele. Erwähnt sei hier nur der eine, daß es eine „Notverordnungs“regierung à la Reich für Preußen nicht gibt, auch z. B. der Landtag praktisch nur durch eigenen Beschluß auflösungsfähig ist usw. Interessant ist übrigens auch eine allerjüngste Entscheidung des Staatsgerichtshofs, wonach auf Verlangen von einem Fünftel der Abgeordneten der Preussische Landtag auch dann zusammenberufen werden muß, wenn er nicht etwa geschlossen, also auf unbestimmte Zeit in die Ferien gegangen ist, sondern wenn er auf einen bestimmten Termin vertagt wurde. Nur das „Kollegium“ des Ministerpräsidenten, des Staatsrats und des Landtagsvorsitzenden vermag die vorzeitige Auflösung des Landtags herbeizuführen. Und natürlich ein entsprechender Volksentscheid. Aber wiederholte Auflösungen sind ziemlich zwecklos; das hat Bismarck schon erfahren, und die jetzige Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft bewies das aufs Neue.

Neben der Tatsache also, daß die bisherige Regierungsmehrheit in Preußen politisch und zahlenmäßig am 24. April zerstört wurde, springt naturgemäß die gewaltige Verstärkung der Nationalsozialisten ins Auge. Daß an sie die Aufgabe herantritt, ein Ministerium zu bilden, ist selbstverständlich; da sie die allseits anerkannten Sieger in der Wahl sind, entsprechend den Verhältnissen im Reichstag, wo sie als zweitstärkste Partei den Posten des 1. Vizepräsidenten besetzen konnten, werden sie im Preussischen Landtag den seit 1919 von einem Sozialdemokraten innegehabten Sitz des Präsidenten erhalten. Das ist, wie oben in einem anderen Zusammenhang erwähnt, auch eine politische Machtposition, wobei noch erwähnt werden mag, daß der Staatsratsvorsitzende ein Mitglied des Zentrums ist.

Theoretisch ist nun eine feste Mehrheitsbildung der Rechten — Nationalsozialisten und Deutschnationale — mit dem Zentrum durchaus möglich. Doch in der Praxis tauchen sofort politische Einwände auf: die Rechte steht ja im Reichstag gegen das Kabinett Brüning im schärfsten Kampf, und die Schwierigkeiten, die dem Kanzler schon dadurch in Hülle erwachsen sind, würden sich noch ganz erheblich steigern, wenn über eine ausgesprochene Rechtsregierung die politische Haltung des Reichsrats — mit Hilfe der preussischen Stimmen — eine wesentliche Änderung erfahren würde. Das durchzuführen ist ja auch das weitere Ziel der Rechten im Wahlkampf gewesen, während andererseits natürlich das Zentrum alles tun wird, um den Kanzler hiergegen zu schützen. Aber auch sonst ist ja die politische Ausrichtung in Preußen von allergrößter Bedeutung für die Reichsregierung, da ja die Exekution über zwei Drittel des Reichsgebietes in Hand der preussischen Regierung liegt.

Die Ergebnisse der Wahlen zeigten also — was hier nur skizziert werden kann — eine ungeheuer komplizierte politische Lage in Preußen mit entsprechenden Ausstrahlungen nach dem Reich hinüber. Um die Frage nach dem „Was nun?“ zu beantworten, müßte man schon ein „roter Prophet“ sein. Wohl aber kann man an ein Wort Bismarcks erinnern, der ja einige Erfahrungen mit komplizierten parlamentarischen Lagen hatte. Er sagte einmal: „Manche Partei glaubt, daß sie die Alleinherrschaft erwirken kann im Deutschen Reich, und lehnt es ab, irgendeine Konzession zu machen. Und doch wiederhole ich den Satz: Das ganze Verfassungsleben ist eine Reihe von Konzessionen, die man sich gegenseitig machen muß.“

■ Fördert die Ortspresse ■

Um Preußens künftige Regierung.

Wer wird in Preußen regieren?

Das große politische Rätselraten.

Die hauptsächlichsten Erörterungen in politischen Kreisen Berlins gelten gegenwärtig selbstverständlich der Frage, wann der neugewählte Landtag Preußens zusammentreten, wie sich die Regierung Braun-Severing zum Ausfall der Wahlen stellen und wie schließlich die neue Regierung im größten Lande des Deutschen Reiches aussehen wird. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags hat an den Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem die sofortige Auflösung des alten Preussischen Landtags nach dem Wahlausfall beantragt wird. In Kreisen der preussischen Regierung verläutet, daß die preussische Staatsregierung Braun auf Grund des jetzt vorliegenden Landtagswahlergebnisses in diesem Zeitpunkt nicht zurücktreten werde, da der Rücktritt verfassungsmäßig nur dem Landtagspräsidenten mitzuteilen wäre und dieser daraufhin die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten veranlassen müßte. Die Rücktrittserklärung der jetzigen Regierung könne also nur gegenüber dem neuen Landtagspräsidenten erfolgen. Der alte Landtag bestche, da seine vorherige Auflösung nicht erfolgt sei, noch bis zum 20. Mai. Spätestens nach dreißig Tagen, also am 19. Juni, würde demzufolge erst der neue Landtag zusammentreten und einen neuen Landtagspräsidenten wählen können. Im übrigen wird sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die preussische Regierung erst am Dienstag mit der politisch-parlamentarischen Lage beschäftigen. Aber das Ergebnis der preussischen Kabinettsregierung soll dann der Öffentlichkeit eine Verlautbarung übergeben werden, in der die Haltung der Preußenregierung zum Wahlausfall begründet werden wird.

Die wichtigste Frage ist selbstverständlich die, wie die künftige Regierung in Preußen aussehen wird. Hierzu liegen bereits Äußerungen von maßgeblichen politischen Führern vor, die selbstverständlich vorerst noch lautmäßig und vorsichtig gehalten sind. Die eine dieser Erklärungen stammt von dem Fraktionsführer der NSDAP im Landtag, Abg. Kube, der u. a. in einer parteioffiziellen Verlautbarung erklärt:

„Die NSDAP, bisher verstimmt, wurde vom Vertrauen der zugrunde gerichteten Massen der Bauern und Arbeiter mit der hohen Aufgabe betraut, den preussischen Staat seiner deutschen Aufgabe wieder zuzuführen. Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beanspruchen für uns auf Grund des Artikels 2 der preussischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes ist, die Führung bei dieser Aufgabe. Von der bisherigen Regierung verlangen wir, daß sie sich dem Urteil des Volkes beugt und sofort ihren Platz räumt. Der Nachfolger des geschiedenen Ministerpräsidenten Dr. Braun muß ein Nationalsozialist sein, den Adolf Dicker be-

stimmen wird. Wir wollen nicht niedrige Rache, sondern im Preussischen Staat die organisierte Kraft der Nation, um Preußen seinen geschichtlichen Aufgaben wieder zuzuführen.“

Gleichsam als Widerhall zu den Erklärungen ertönt aus Kreisen des Zentrums eine Stimme, die an die Adresse der bisherigen Rechtsopposition im Landtag gerichtet ist und die durchblicken läßt, daß das Zentrum unter gewissen Bedingungen nicht abgeneigt ist, mit den Parteien der Rechten eine Regierung zu bilden. So äußerte sich der Generalsekretär der Zentrumspartei, Abg. Dr. Soedel, zu dem Ergebnis der Preussischen Landtagswahlen folgendermaßen:

Die Situation ist für das Zentrum klar: Die Rechte hat im Preussischen Landtag keine Mehrheit. Das Zentrum hat die Entscheidung in der Hand. Der grundsätzliche Standpunkt des Zentrums ist bekannt: Es ist bemüht, die verfassungsmäßige Ordnung zu sichern. Es wird bei den anderen Parteien liegen, zu überlegen, was sie tun wollen: ob sie weiter agitieren oder sich in eine Front der sachlichen Arbeit einordnen wollen.

In einer Rundgebung des Vorstandes der Preussischen Zentrumspartei werden diese Gedankengänge noch vertieft. Es heißt da: „Die neugewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Ausruß zu Beginn des Wahlkampfes getreu dem Programm und der Überlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur und einer gesunden Volksdemokratie sehen. Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen einschlossen sind. Die Zentrumsfraktion wird sich jedoch in Zukunft mit aller Kraft weiterhin Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.“

Bleibt Braun?

Zum Wahlergebnis in Preußen erklärt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, Heilmann: Ich glaube nicht daran, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum zustande kommen wird. Die Regierungsbildung wird wesentlich davon beeinflusst sein, ob der neue Landtag die kürzlich vorgenommene Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten wieder rückgängig macht. Sollte sich keine Mehrheit für die abermalige Änderung der Geschäftsordnung im neuen Landtag finden, dann würde die Regierung Braun vorläufig geschäftsführend im Amt bleiben, bis es auf die eine oder andere Weise gelingt, eine neue Regierung zu bilden.

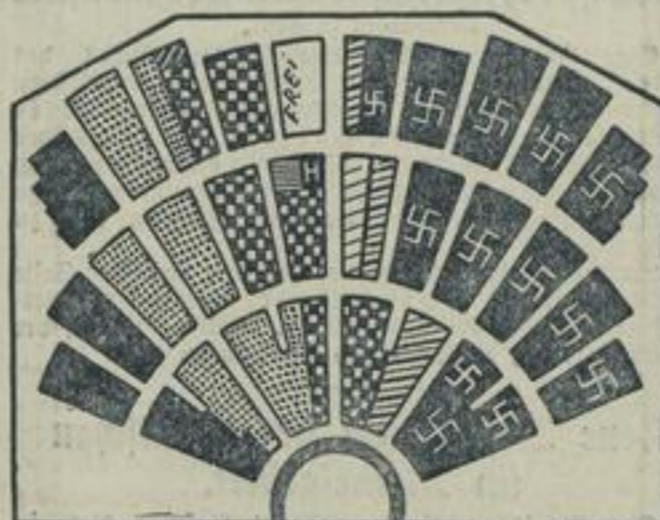
Bereits Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten?

Berlin, 26. April. Wie die D.A.Z. erfahren haben will, soll bereits am Montag bei der preussischen Zentrumsfraktion von nationalsozialistischer Seite die Anfrage erfolgt sein, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei. Die offiziellen Verhandlungen würden in den nächsten Tagen beginnen, zu denen der Vorsitzende der Zentrumspartei nach Berlin kommen werde. Für Anfang Mai sei die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages des preussischen Zentrums geplant, der über die künftige Politik entscheiden werde.

Der Ausgang der deutschen Wahlen bedeutet das Ende der Reparationen!

Washington, 25. April. Im amerikanischen Kongress ist der Ausgang der deutschen Wahlen Gegenstand lebhafter Erörterungen, besonders im Zusammenhang mit der Tributfrage. Der demokratische Abgeordnete Lintbicum, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, erklärte, daß er den Erfolg der Nationalsozialisten bedauere, aber andererseits durch die Tatsache erfreut sei, daß dadurch die Kommunisten zurückgedrängt wurden. Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen, würde dieses das Ende aller Reparationszahlungen bedeuten, was er, Lintbicum, gleichfalls erhoffe. „Ich kann nicht sehen, wie Deutschland in den nächsten Jahren Zahlungen leisten soll, ganz gleich, ob Hindenburg oder Hitler regiert. Wir alle hoffen aber, daß die Republikaner in Deutschland die Kontrolle behalten.“ Die deutsche Wirtschaftslage sei die Hauptursache der nationalsozialistischen Erfolge.

Der demokratische Abgeordnete Rainey erklärte, das deutsche Wahlergebnis bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, so daß Amerika daran direkt interessiert sei. Es beweise ferner, daß Hindenburgs Persönlichkeit bei den Reichspräsidentenwahlen ausschlaggebend war. Das deutsche Volk habe am Sonntag seine wahren Gefühle zum Ausdruck gebracht. Eines sei sicher, das Wahlergebnis bedeute das Ende der Reparationen.



K.A.L.	J.P.D.	ZENTRUM
D.V.P.	ST.-P.	CHR. SOZ.
N.S.D.A.P.	D.N.V.P.	HANNOV.

Die Zusammensetzung des neuen Preussischen Landtags. Das Schema gibt die ungefähre Platzverteilung im neuen Preussischen Landtag wieder. Da der neue Landtag nur noch 422 gegenüber 449 Abgeordneten im alten Landtag hat, werden einige Sitze freibleiben — in unserer Zeichnung durch das freie Feld in der obersten Platzreihe angegeben.